

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn monatlich 4 Mk., durch unsere Anstalt zugewogen in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postschlüssen und Posthöfen sowie unsere Anstalt und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitungs oder Abgangs des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die 6geheulten Kopysätze oder deren Raum, 1.50 Mk. für die 2. und 3. Auflage, 2.00 Mk. für die 4. Auflage, 2.50 Mk. für die 5. Auflage, 3.00 Mk. für die 6. Auflage, 3.50 Mk. für die 7. Auflage, 4.00 Mk. für die 8. Auflage, 4.50 Mk. für die 9. Auflage, 5.00 Mk. für die 10. Auflage. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (wie von Behörden) die 2. und 3. Auflage 2 Mk., 4. Auflage 2,50 Mk., 5. Auflage 3 Mk., 6. Auflage 3,50 Mk., 7. Auflage 4 Mk., 8. Auflage 4,50 Mk., 9. Auflage 5 Mk., 10. Auflage 5,50 Mk. Für die Nachfrist der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Aussicht steht.

Ersteht seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 142.

Dienstag den 21. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

**Brotmarkenausgabe.** Für die Zeit vom 4. Juli bis 25. September 1921 sind die Brotmarken für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung von den Gemeindebehörden nach den bisherigen Vorschriften auszugeben. Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindebehörden durch die Druckerei Klinkicht & Sohn in Meißen zugehen, soweit sie nicht dort abgeholt werden.

Meißen, am 20. Juni 1921.

Nr. 215 II E.

Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land.

**Die Auszahlung der Feuerungsbeihilfe auf Monat Juni erfolgt** Mittwoch den 22. d. M. vormittags 9—1 Uhr in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 20. Juni 1921.

4502

Der Stadtrat.

**Die Innerräume des Armenhauses sollen ausgeweiht werden** (B Wohnzimmer einfach Muster, andere Zimmer glatt mit Rante).

Entsprechende Preisangebote sind schriftlich bis zum 28. Juni 1921 bei Herrn Stadtrat Wehner einzureichen.

Wilsdruff, am 20. Juni 1921.

4504

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Reichskanzler Dr. Wirth hat eine Reise nach Essen angetreten und wird dort eine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes halten.

\* Auch Belgien demobilisiert die für das Ruhrgebiet bestimmten Truppen. Nur Unverheiratete und Reservisten dürfen verbleiben im Rheinland.

\* Chamberlain erklärte im englischen Unterhaus mit Bezug auf den japanisch-englischen Vertrag, England werde sich an keinem gegen Amerika gerichteten Bündnis beteiligen.

\* Reuter vernimmt, daß die amerikanische Regierung an den in Genf beginnenden Völkervereinigungen nicht teilzunehmen gedenkt.

\* Die amerikanische Regierung hält eine Stärke des Heeres von 120.000 Mann für unbedingt erforderlich.

### Kühler Empfang.

Die Franzosen wußten, als ihnen plötzlich die Ankunft des englischen Ministers des Auswärtigen, Curzon, in Paris angekündigt wurde, nicht recht, wie sie sich zu dieser unerwarteten Wendung der britischen Diplomatie stellen sollten. War es richtig, Freude zu zeigen, zu triumphieren, oder war es klüger, zurückhaltend zu sein, abzuwarten oder gar Mißtrauen zu zeigen? Sie haben sich, nach einigen Schwanken, zu einem ausgesprochen kühlen Empfang entschlossen, schon aus dem Grunde, weil ihnen die Lage, deren Klärung in den persönlichen Aussprachen zwischen Curzon und Lord Curzon herbeigeführt werden soll, noch viel zu unübersichtlich erscheint.

Natürlich wird die Orientfrage unter den Gründen, die zu dieser auffälligen Ministerreise geführt haben, in den Vordergrund gedrückt. Auf einen so nachhaltigen Widerstand der Türken gegen das ihnen im Vertrage von Sevres zugesicherte Schicksal war man weder in London noch in Paris vorbereitet. Früher waren die Türken Meister in der diplomatischen Behandlung kühler Fragen. Jetzt sind sie, unter Führung von Kemal Pascha, Männer der Tat geworden, während die französischen und die englischen Staatsmänner mit stets erneuten diplomatischen Künsten ihr Spiel versuchten. Aber die dabei verlorene Zeit ist lediglich den Türken zugute gekommen. Sie rüsten sich, mit offener Unterstützung der Russen und mit kaum noch verbüllter Mitwirkung der Italiener, zu entscheidenden bewaffneten Vorstößen gegen das griechische Heer, das sich zur Durchsetzung des Vertrages von Sevres bereitgefunden hat. Und mit König Konstantin führt England sich durch die hier erwachsenden Gefahren auch in seinen eigenen Interessen ernstlich bedroht. Den Franzosen dagegen scheint es nicht rasam, ihre durch den Weltkrieg errungene Stellung im nahen Orient unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie haben die ihnen zugewiesene Provinz Syrien bereits geräumt und sind auch zu weiteren Zugeständnissen an die Türken bereit, weil sie sich von einer übermäßigen Ausdehnung des „neuen Griechenland“ nichts Heilsames zu versprechen wissen. So sind englische und französische Interessen hier wieder einmal in scharfen Gegensatz geraten. Es scheint notwendig, einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen, denn sehr bald kann der Zeitpunkt gekommen sein, wo man durch unliebsame Ereignisse überrascht wird. Kommt nun Lord Curzon, um diese Verständigung zu suchen? Dann würde es sich fragen, welche Zugeständnisse er mitbringt. Den Franzosen drängt sich dabei in erster Reihe — an etwas anderes scheinen sie ja jetzt überhaupt nicht zu denken — die oberschlesische Frage auf. Würde Lloyd George ihnen freie Hand in Oberschlesien lassen, dann könnten sie sich schließlich auch dazu bereitfinden, im nahen Orient England in Verbindung mit Griechenland nach Belieben Kassen und Wägen zu lassen. Aber als gute Händler, die sie sind, wollen sie sich von dem Wertungen nach dem vorläufigsten Verstand, das vielleicht wieder einmal zu machen ist, so wenig wie möglich anmerken lassen, und Lord Curzon mag sehen, wie er in der kühlen Atmosphäre, die er in der französischen Hauptstadt angetroffen hat, seinem Ziele näherkommt.

Neben Klein-Asien und Oberschlesien bliebe noch die Frage der Sanktionen zu erörtern, und wenn man sich nicht mit Stillwert begnügen wollte, bietet natürlich auch die Festlegung des Verhältnisses zu Amerika Stoff genug zum Verhandeln. In allen diesen Fragen legen jetzt die Franzosen offensichtlich Wert darauf, nach außen hin deutlich zu machen, daß sie selbständig geworden sind, durchaus selbständig. Sie denken nicht mehr daran, sich von England noch ins Absehbare nehmen zu lassen, und

glauben schon erreicht zu haben, daß die englische Politik sich in die Verteidigung zurückgedrängt fühlt, ganz gegen ihre früheren Gewohnheiten und Überlieferungen. Herr Briand, das muß man ihm lassen, weiß, was er will. Ihm gegenüber hat selbst Lloyd George bisher seinen Willen nicht durchsetzen können.

### Ein Rotschrei aus Oberschlesien.

Austausch von Gefangenen.

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben an die Ministerpräsidenten Lloyd George in London, Briand in Paris und Giolitti in Rom ein Telegramm gerichtet, in dem sie die Entwicklung der Zustände seit dem 3. Mai geschildert haben. Der Inhalt des Telegramms lautet wie folgt:

Tausende von Arbeitern, Angehörigen und Beamten sind von ihren Arbeitsstätten ausgesperrt und erwerbslos, in wirtschaftlicher Not. Die Interalliierte Kommission hat sich ihrer noch in keiner Weise angenommen. Wegen der Verwundung von drei französischen Soldaten und der Gefangennahme einiger Franzosen durch Angehörige des deutschen Selbstschutzes sind bei der deutschen Reichsregierung die nachdrücklichsten Vorstellungen erhoben worden. Hunderte von Deutschen sind in Oberschlesien hingerichtet, und noch immer erliegen sie Tausenden, noch immer laufen täglich Meldungen über bestialische Mißhandlung von Deutschen nur um ihres Deutschtums willen, ein. Tausende von Deutschen schmachten in polnischen Gefangenenlagern zur Sühne der Verbrechen, zur Beseitigung für die Gefangenen, zum Schutze der Hunderttausenden von bedrohten friedlichen Oberschleslern ist noch kein wirksames Mittel angewendet worden.

Schon seit Anfang Juni befinden sich die von England gestellten Truppenverstärkungen in Oberschlesien. Noch immer gebürdet sich die russischen Unbesetzten und unangesprochen als Herren der Lage. Wir geben den leitenden Staatsmännern der für Oberschlesien verantwortlichen Mächte von diesen Zuständen Kenntnis, damit sie die Interalliierte Kommission anweisen, endlich in dem gequälten Oberschlesien Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Le Monde Beilage.

In Weutchen, wo die polnischen Aufständler bei hellem Tage in die Stadt eingedrungen sind und ganz offen die Leute auf den Straßen auf Waffen unteruchen usw., hat der französische Garnisonskommandant General Le Comte Denis an den Ersten Bürgermeister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Eine bestialische Schleicherei trug sich in letzter Nacht zwischen deutschen Stotruppen (1) und polnischen Insurgenten, namentlich in den der Friedrichstraße und Nebenstraße und dem Wilhelmplatz benachbarten Stadtteilen zu. Jeder Mensch, ob Pole, oder Deutscher, der mit einem Gewehr auf den Straßen von Weutchen angetroffen wird, wird ohne Mitleid von den Garnisonstruppen niedergeschlagen (1) werden. Die polnische Partei ist ebenfalls benachrichtigt, daß jeder Insurgent, der bewaffnet in der Stadt Weutchen angetroffen wird, Erschießung zu gewärtigen hat.

Polnisches Stabsquartier in Rybnik.

Durch Vermittlung des Genfer Roten Kreuzes ist ein Austausch deutscher und polnischer Gefangener vorgenommen worden. In Rosenberg sind 369 Deutsche eingetroffen, die in den Lagern von Neu-Berlin und Lublitz gefangen waren. Die Ausgetauschten sind zum großen Teil in traurigster Verfassung.

Im Kreise Hofenberg ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung auch nach der Besetzung durch die Truppen der Weutchen sehr erregt.

Das Stabsquartier der Insurgenten, das sich bisher in Rausen befand, wurde nach Rybnik verlegt. 600 bewaffnete Aufständische drangen in die Stadt ein. Der Fabrikbesitzer Schenck und ein Domänenpächter wurden mißhandelt und verschleppt.

### Der Hort des Militarismus.

„Ein grausamer Scherz.“

Auf dem in Birmingham eröffneten Nationalen Friedenskongreß erklärte der Politiker Trevelyan, die führende Klasse Frankreichs bilde den Mittelpunkt des modernen Militarismus. Dagegen sei die wirkliche Verdröpfung einer reaktionären auswärtigen Politik in Großbritannien zu finden. Großbritannien habe eine Diktatur über die

ganze Welt aus. Wenn es seine Politik ändern würde, würde Frankreich ihm sicher folgen.

Der Professor an der Universität in Birmingham, Beazley, erklärte die Regelung des Friedens für einen grauenhaften Scherz. Sie habe in Bezug auf die Gebietsteilung und in sittlicher Beziehung Krankheitsherde geschaffen, die jedes harmonische Zusammenarbeiten zwischen England, Frankreich und Deutschland unmöglich machen würden. Eine vollständige Revision der ganzen Friedensregelung sei notwendig.

Das gleiche sagt heute jeder Vernünftige, nur nicht die führenden englischen und französischen Staatsmänner.

### Belgische Anwürfe gegen Leipzig.

Eine unparteiische Stimme.

Die belgischen Nachläufer des französischen großen Nachbarn beeilen sich, bei dem Ansturm gegen die Urteile des Leipziger Reichsgerichts in dem Kriegsschuldigenprozeß mitzutun. In der Kammer teilte der belgische Justizminister den Bericht mit, den die zum Reichsgericht in Leipzig in dem Verfahren wegen der „Grausamkeiten von Grammont“ entsandten Delegierten erstattet haben. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß das Urteil des Reichsgerichts als eine wahre Rechtsverweigerung erscheine. Der Minister erklärte, daß der Minister des Auswärtigen den belgischen Gesandten in Berlin angewiesen habe, unverzüglich gegen den Freispruch zu protestieren, der im Lande allgemeine Empörung hervorruft. Die Regierung wird sich mit den alliierten Regierungen ins Einvernehmen setzen, um diesen Rechten nachdrückliche Wahrung zu sichern. Der Minister erklärte indessen, er habe die Gewißheit, dem Gefühle des belgischen Volkes zu entsprechen, wenn er bereits jetzt gegen das Urteil des Reichsgerichts scharfsten Protest erhebe. Der Präsident der Kammer erklärte darauf, die Kammer sei einmütig in der Befolgung der Leipziger Justizparodie. Und die Kammer schüttelte reichlichen Beifall über diese Unverantwortlichkeit aus.

„Schuldlose Sieger“

Das Madrider Blatt „A.B.C.“ weist in einem Leitartikel mit der Überschrift „Bei den Siegern gibt es keine Schuldigen“ auf die Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig hin und schreibt, daß die alliierten Mächte nach wie vor die deutschen Angaben über Kriegsschuldige nicht berücksichtigen. Der Friede von Versailles führe rundweg und ohne Zweifel zur Schuldlosigkeit, daß von allen kriegführenden Völkern nur Deutschland Reue mit klaren Instinkten habe. Sollte es aber vielleicht solche in den Entente-Ländern geben, so seien das eben Sieger, und ein Sieg vermöge aus einem Verbrecher einen Heiden zu machen.

### Mahnungen des Reichskanzlers.

(Aus der 116. Reichstags-Sitzung.)

Nach der Interpellation des Abgeordneten Unterleitner in Sachen des ermordeten Dr. Gericke in München, und nachdem die Wogen der Erregung über die stürmische Unterbrechung der Sitzung sich einigermaßen gelegt hatten, ergriff der Kanzler Dr. Wirth das Wort, um die Interpellation zu beantworten und im Anschluß daran seinen schweren Bedenken Ausdruck zu geben, welche die eigenartigen Strömungen unserer Lage bei jedem Freunde des geehrten Vaterlandes hervorrufen müssen. Seine Rede hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

Ich verstehe die große Erregung, die viele Kreise über den seligen, hinterlassenen Nachlass des Abg. Gericke erregt hat. Kein Wort ist zu scharf für diese schändliche Tat; sie muß ihre Sühne finden. Mit dem Mitleid allein aber ist das Verbrechen noch nicht gesühnt. Der Nord ist ein Zeichen dafür, daß wir in der politischen Entwicklung Deutschlands wieder an einem Krisenpunkt angelangt sind. Darüber bin ich mir klar, daß in den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse Deutschlands und über unsere Grenzen hinaus eine Erregung außergewöhnlicher Art sich eingestellt hat. Diese Verwilderung der Massen, die in dem Nord zum Ausdruck gelangt ist, ist ein Beweis, daß die politischen Zustände noch krankhaft genannt werden müssen. Ich besorge die Erregung der Sozialisten über einen solchen Nord und über die Beherrschung der brutalen Gewalt, die er da und dort gefunden. Dieser Ruf nach der Gewalt wäre geeignet, unserem Vaterlande den letzten, den Todesstoß zu versetzen. Die Unruhen in München bedeuten die größte Gefährdung der politischen Entwicklung, die wir nur in einer friedlichen Demokratie sehen können.

Man hat sehr lebhafte Angriffe auf die bayerische Staatsregierung und ihre führenden Männer gerichtet. Der föderali-